

Auf den Inhalt kommt es an

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsbeschluss 2013

Stadtratssitzung am 7.2.2013

Dr. Florian Janik, Fraktionsvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn am Ende der Haushaltsberatungen, heute, gern darauf geschielt wird, was unter rauskommt, also ob es Neuverschuldung gibt oder gar Entschuldung gibt, ob ein Haushalt gut oder schlecht ist, wie man einen Haushalt bewerten muss, das lässt sich nicht an einer Zahl ablesen. Auch beim Haushalt gilt: Auf den Inhalt kommt es an. Denn was nützt einem ein Haushalt mit Entschuldung, wenn gleichzeitig die Gebäude, die Straßen und Plätze, die öffentlichen Einrichtung vor sich hinrotten? Umgekehrt was sagt es über einen Haushalt aus, wenn Schulden aufgenommen werden, wenn man nicht weiß wofür diese Kredite verwendet werden? Fließen Sie in laufende Kosten oder in Investitionen und was sind das für Investitionen, die getätigt werden. Haushaltspolitik kann und sollte man niemals losgelöst von den Inhalten diskutieren.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Aus Sicht der SPD müssen sich in einem Haushalt die Wünsche, die Bedürfnisse und die Ideen, aber auch die Nöte einer Stadtgesellschaft, also der Menschen, die in Erlangen leben widerspiegeln. Ein Haushalt muss Antworten geben auf die großen Fragen, die diese Stadt und die Gesellschaft bewegen.

Ich möchte nicht verschweigen, dass einige Anträge der SPD in dem heute zu beschließenden Haushalt berücksichtigt wurden. Dafür bedanke ich mich herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die diese unsere Anliegen unterstützt haben. Zwei Projekte möchte ich dabei besonders herausstellen.

Zum einen die Projektmittel für die Stadt-Umland-Bahn, die auf Antrag von SPD und GL in den Haushalt aufgenommen wurden. Dieses Verkehrsprojekt ist aus meiner Sicht zentral für die Entwicklung unserer Stadt und unserer Region. Die Metropolregion und vor allem die Städteachse sind im Handeln und im Bewusstsein der Menschen und der Unternehmen längst Realität. Ich erlebe es oft genug, dass die Menschen da viel weiter sind, als die Politik, die gerne noch in Kirchtürmen denkt. Ob Siemens Arbeitsplätze in Erlangen, Nürnberg oder Forchheim schafft oder gar abbaut – es ist alles ein Standort. Zuletzt konnten Sie das auf dem Altstadtempfang aus dem Mund von Herrn Brenner hören. Und auf diese Region sind wir angewiesen. Die Region muss wirklich zusammenwachsen. Aus meiner Sicht am wichtigsten ist dabei eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Mobilität ist heute ein

Grundbedürfnis, Voraussetzung für ein zeitgemäßes Leben. Flexibilität wird gefordert, ob uns das gefällt oder nicht. Nicht ab und zu mal, sondern jeden Tag. Und unsere Region muss sich messen mit anderen Metropolregionen in Deutschland und in Europa. Mit Berlin, mit München und mit den anderen großen Wirtschaftsräumen. Wir brauchen ein umweltfreundliches, modernes und nachhaltiges Verkehrsmittel, das die Wohnquartiere mit den Arbeitsplätzen und den zentralen Orten in der Region verbindet. Wir brauchen die Stadt-Umland-Bahn. Jetzt ist die Staatsregierung am Zug. Es genügt nicht, wenn der Ministerpräsident und der Innenminister verbal ihre Unterstützung bekunden, die müssen jetzt mal etwas Belastbares nachlegen. Die Stadt Erlangen signalisiert heute, dass Sie bereit ist an dem Projekt weiterzuarbeiten.

Zum anderen möchte ich den am Ende einstimmigen Beschluss zum Bäderkonzept der SPD hervorheben. Unser Antrag, dass die Bäder nun vollständig ins Eigentum der Erlanger Stadtwerke übergehen und in der Folge das Freibad West saniert wird ist eine gute Nachricht für die vielen Bewohnerinnen und Bewohner im Erlanger Westen, die das Bad nutzen und auch in Zukunft nutzen werden. Es sah ja lange nicht gut aus für dieses Anliegen. Im Sportausschuss wurde unser Konzept noch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wäre es dabei geblieben, ein weiteres Jahr Stillstand wäre die Folge gewesen. Denn die eingestellten Haushaltsmittel hätten nie und nimmer gereicht, um die Sanierung durchzuführen. Im Herbst kann es jetzt also losgehen. Hoffen wir, dass das Bad noch eine Saison übersteht. Ungelöst ist bisher noch die Frage, wie es nach der Schließung des Hallenbads Frankenhof weitergeht. Für uns ist klar, dass die Wasserfläche weiterhin gebraucht wird. Wir werden jetzt die Pläne und Kostenschätzungen der ESTW abwarten und dann daran arbeiten, auch für dieses Bädertema eine Lösung zu finden.

Trotz dieser und anderer positiver Aspekte, wie der längst überfälligen Anhebung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Fürth, die sich im Verlauf der Beratungen ergeben haben, wird der Haushalt den Herausforderungen für denen diese Stadt und unsere Gesellschaft stehen nicht gerecht. Ich möchte das an drei zentralen Punkten erläutern.

Um es mit Heribert Faßbender zu sagen: „Fußball ist inzwischen die Nummer 1 in Erlangen. Handball übrigens auch.“ Unser Konzept liegt auf dem Tisch. Wir wollen die Hiersemannhalle Bundesligatauglich umbauen, weil wir der Auffassung sind, dass der Profihandball zu Erlangen gehört. Und wir wollen die Hallenkapazitäten in dieser Stadt ausbauen, mit Augenmaß und in Abwägung zu den anderen Themen, die uns wichtig sind. Das heißt wir unterstützen den Ausbau der MTG-Halle und wollen den Ausbau der ASG-Halle beschleunigen und so in absehbarer Zeit zwei neue Hallenkapazitäten schaffen. Wir reden hier von einem konkreten, von einem umsetzbaren und einem finanzierbaren Projekt, nicht von einem Luftschloss oder besser gesagt einer Lufthalle.

Sie schlagen heute ein Projekt vor, von dem niemand weiß, was es kostet. Sie reden von 7 oder 8 Millionen Euro, realistischer sind wohl eher 10 oder mehr Millionen, vergleichbar mit den Baukosten für die verworfene Halle am Europakanal. Die vorgesehene Fläche ist alles andere als sicher, sie ist ja noch nicht einmal im Besitz der Universität. Ich zitiere sinngemäß aus der heutigen Vorlage: „Erste Gespräche mit der FAU haben ergeben, dass eine offene Gesprächsbereitschaft für eine Verwertung der Grundstücke für Infrastruktur und Sporthalle denkbar sind“. Noch windelweicher kann man es ja nicht mehr formulieren. Ebenso gibt es keine konkreten Aussagen über die finanzielle Beteiligung der anderen Interessierten. Sicher ist nur ein Zuschuss von 1,7 Millionen Euro über FAG-Mittel. Verbleiben 8+X Millionen ohne jede konkrete Finanzierung oder halten Sie Herr Oberbürgermeister Informationen zurück?

Unklar ist auch, ob die neue Halle mit all den vorgesehen Nutzern den Bedürfnissen dieser Nutzer auch gerecht wird. Klappt das zusammen? Sie reden von einer Fertigstellung in zwei Jahren, in der Vorlage ist von 3-4 Jahren die Rede. Dass sie selbst nicht an die 2 Jahre glauben untermauert ja schon der heute vorliegende Antrag. Mit 200.000 Euro Planungskosten kommen Sie im Jahr 2013 nicht weit. Jedenfalls nicht weit genug, um Anfang 2014 mit dem Bau beginnen zu können. Und nicht zu Letzt bleiben bei der Fläche auch ökologische Fragezeichen. Einen Steinwurf entfernt prozessieren bis heute Naturschutzverbände und Anwohner gegen den Bau des MPI. Und ob man in unmittelbarer Nähe zu einem Naturschutzgebiet einen Großparkplatz errichten kann und sollte ist zumindest fraglich. Die SPD steht zum Profihandball in unserer Stadt ebenso wie zum Schul- und Breitensport. Deshalb wollen wir den Ausbau der Hiersemannhalle, denn nur so steht bereits in der kommenden Saison eine bundesligataugliche Halle zur Verfügung und wir haben auch in Zukunft die finanziellen Mittel die vorhandenen Sporthallen auszubauen. Ihre Hauruckaktion ist eine unsichere und trügerische Perspektive für den Sport in unserer Stadt. Und sie ist ein finanzpolitisches Risiko.

Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Energiewende und der Klimaschutz. Da reicht es nicht, wenn man es den ESTW überlässt Windräder zu bauen. Eine tragende Säule der Energiewende ist die Energieeffizienz oder auch das Einsparen von Energie. Und hier gibt es in unserer Stadt viel zu tun. Zum einen bei den städtischen Gebäuden selbst. Zum anderen sind wir der Auffassung, dass die Stadt die Bürgerinnen und Bürger, die Ihre Häuser sanieren wollen, unterstützen müssen. Ja, da gibt es viele Förderprogramme, stimmt, aber ein Bereich verdient gerade in einer Stadt mit unserer Historie besondere Aufmerksamkeit. Die energetische Sanierung von alten Gebäuden. Hier gibt es Handlungsbedarf und hier sollten wir auch handeln. Gleiches gilt für den Neubau. Passivhäuser, die müssen mit städtischem Geld nicht mehr gefördert werden, aber wenn Häuslebauer sich entscheiden, wirklich innovativ zu sein, Energieplushäuser zu bauen, neue Technologien einzusetzen, wie die Speichertechnologie, die uns vor kurzen hier im Stadtrat Prof. Wasserscheid vorgestellt hat, dann ist es richtig dafür eine Förderung durch die Stadt möglich zu machen. Nach unserer Auffassung ist da mehr möglich und nötig, wenn wir die von uns selbst gesteckten Ziele auch erreichen wollen. Zu dem Ziel haben wir uns alle bekannt, dem müssen aber auch Taten folgen, nicht nur schöne Worte.

Viele Menschen haben heute das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht zu geht. Das gilt verstärkt dort, wo soziale und wirtschaftliche Ungleichheit spürbar sind. Die Schere zwischen Arm und Reich ist bereits weit geöffnet! Es gehört in Deutschland und weltweit zu den drängendsten Herausforderungen, dafür zu sorgen, dass sich diese Schere nicht noch weiter öffnet. In einer Stadt wie Erlangen haben wir sogar gute Möglichkeiten, die Schere wieder zu schließen. Das größte soziale Problem in Erlangen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wohnen, ein Grundbedürfnis, ist zu einem Luxusgut geworden. Nicht zufällig, sondern weil in dieser Stadt auf vorhandener Fläche zu wenig Wohnraum geschaffen wurde. Das gilt im Röthelheimpark, das gilt auch in Teilen des Stadtwestens. Der doppelte Abiturjahrgang und die steigenden Studierendenzahlen verschärfen den Druck am Wohnungsmarkt noch. Und wenn Sie in dieser Situation, bei steigenden Mieten und utopischen Kaufpreisen für Wohnraum die Grundsteuer weiter anheben, dann verschärft dies die Ungleichheit in dieser Stadt noch zusätzlich. Das ist die falsche Maßnahme zum falschen Zeitpunkt und eine solche Politik tragen wir, trägt die SPD nicht mit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschluss möchte ich mich bedanken, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere im Personalamt, Herr Ternes und in der Kämmerei und im Personalrat für die offene und gute Zusammenarbeit. Auch wenn der Haushalt nicht immer ein Vergnügen ist, diese Art miteinander zu arbeiten, ist nicht nur angenehm, sie macht Freude. Herr Beugel, sie haben sich dieses Mal eine Extraapplaus der SPD verdient. Ohne Ihr Engagement für das SPD-Bäderkonzept, weiß ich nicht, ob wir diesen Schritt geschafft hätten. Manchmal zählt der Prophet im eigenen Land eben doch etwas. Herzlichen Dank dafür.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Einen Widerspruch in Ihrem Handeln in Ihrer Politik kann ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister und liebe Kolleginnen und Kollegen, von CSU und FDP nicht ersparen. Sie reden immerzu in der Öffentlichkeit von der vorsichtigen Personalpolitik und dem sparsamen Haushalten, dem Eindämmen der sogenannten freiwilligen Leistungen. Das ist nicht unsere Überzeugung. Das sind ihre Aussagen. Das, was sie tun, ist aber das Gegenteil: 100 neue Stellen in 2 Jahren und zahlreiche zusätzliche freiwillige Leistungen. Haben Sie Ihre Meinung geändert? Sind das Wahlgeschenke, die sie hinterher wieder zurücknehmen wollen oder sind es nur notgedrungene Zugeständnisse, um irgendwie eine Mehrheit für Ihren Haushalt hinzubekommen? Dazu, Herr Dr. Ruthe, Herr Oberbürgermeister, habe ich heute von ihnen nichts gehört.

Ein Haushalt ist Ausdruck der Politik einer Stadt. Ein Haushalt muss Antworten geben auf die großen Fragen, die diese Stadt und die Gesellschaft bewegen. Ein so verstandener Haushalt ist kein bloßes Zahlenwerk, sondern die Basis für eine prosperierende Stadt, in der die Menschen Ihre Zukunft aktiv gestalten können. Und genau diesem Anspruch wird der heute vorliegende Entwurf nicht gerecht und deshalb wird die SPD diesem Haushalt nicht zustimmen.